

29.7.2020

Würdigung des Gutachtens von *Europe Economics*
The Economic Impact on Swiss Citizens of the Bilaterale I deal with the EU

Reiner Eichenberger

Die Bilateralen I senken den materiellen Wohlstand der Einwohner der Schweiz. Das ist das klare Ergebnis dieser Studie. Es beruht auf zweierlei: (i) Die Literaturanalyse legt offen, was die bisherigen, grossenteils vom Bund beauftragten Studien für das Prokopfeinkommen tatsächlich finden. Entgegen allen stereotypen Behauptungen und trotz sehr bilateralfreundlichen Annahmen finden sie für die gesamten Bilateralen I nur sehr kleine positive Effekte und allein für das Personenfreizügigkeitsabkommen teils sogar negative Effekte. (ii) Die neuen statistischen Analysen zeigen, dass die Investitionen und der Kapitaleinsatz mit dem schnellen zuwanderungsgetriebenen Bevölkerungswachstum nicht mithalten konnten. Deshalb ist die Produktivität und das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf infolge der Personenfreizügigkeit gesunken bzw. weniger schnell gewachsen, als es sonst gewachsen wäre. Der Effekt ist so gross, dass er die kleinen Gewinne aus den anderen Abkommen der Bilateralen I überkompensiert.

Stimmt das? Leider Ja. Wie schon die Studie betont, senkt die freie Verfügbarkeit von Arbeitskräften die Anreize der Arbeitgeber, die Produktivität der Arbeitnehmer durch Investitionen möglichst hoch zu halten. Das starke Bevölkerungswachstum bedingt aber auch einen riesigen Kapitaleinsatz zur Erstellung neuen Wohnraums. Dieses Kapital fehlt dann für produktive Investitionen. Zugleich können die Infrastrukturinvestitionen nicht mithalten. Über 10 Prozent mehr Bevölkerung seit 2008 heisst auch über 10 Prozent mehr Infrastrukturbedarf. Ein so schneller Infrastrukturausbau ist jedoch schlicht unmöglich.

Die Studie hat viele Stärken. So beruht sie auf aktuellen Daten, wohingegen die bisherigen Studien nur die Entwicklung bis 2014 berücksichtigen konnten. Sie relativiert die teils absurden Annahmen mancher Studien im Auftrag des Bundes unaufgeregt aber treffend. Sie zeigt, dass der Zuwanderungsdruck aus der EU vor allem daran liegt, dass viele EU-Länder unattraktiv für Arbeitszuwanderer sind und deshalb die Wanderungswilligen weiterhin stark in die Nicht-EU Länder Schweiz und Norwegen drängen werden. Und sie zeichnet klar nach, wie stark die Bilateralen I mit der schnellen Umorientierung der Handelsströme weg von der EU hin zu Asien und den USA sowie mit dem Brexit an Bedeutung verloren haben und wohl weiter verlieren werden.

Genauso wie die vielen vom Bund beauftragten Studien illustriert aber auch diese Arbeit, wie schwierig die Wirkung der Bilateralen I zu erfassen sind. Vorwärtsschauende Simulationsanalysen leiden da-

ran, dass ihre Ergebnisse stark von den hineingesteckten Annahmen getrieben werden. Und zurückschauende ökonometrische Analysen leiden daran, dass die Bilateralen I und die Personenfreizügigkeit gestaffelt über viele Jahre implementiert wurden, dass zeitgleich mit der vollen Personenfreizügigkeit die Weltwirtschafts- und Finanzkrise ausbrach und die Schweiz mit der Schuldenbremse und der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwei für die Standortattraktivität entscheidende Reformen umsetzte.

Als Ergänzung und Alternative empfehle ich eine einfache Gleichgewichtsanalyse: Wenn Personen frei wandern dürfen, ziehen sie dorthin, wo es für sie am besten ist. Falls es an der Traumdestination keine Verknappung und Verteuerung wichtiger Produktions- und Wohlstandsfaktoren wie Boden, Infrastruktur, Umweltgüter und Selbstversorgungsziele gibt, können unendlich viele Menschen an diesen Idealort ziehen, ohne jede Überfüllungseffekte. Das ist die holde Welt der Bundesstudien. Bekanntlich aber sieht die Realität anders aus. Durch die Zuwanderung werden die genannten Faktoren am Zuwanderungsort knapper und teurer, und die Lebensqualität sinkt durch Überfüllungseffekte auf das Niveau der Herkunftsländer plus den Wanderungskosten. Aber Vorsicht: Viele dieser schädlichen Effekte zeigen sich nicht negativ im BIP pro Einwohner. Manche wie Zubetonierung, Zersiedlung und längere Arbeitswege steigern es sogar. Gewinner sind diejenigen, die kurzfristig von der Aufblähung der Gesamtwirtschaft profitieren: Regierungen, Spitzenverbände, Grossgrundbesitzer und manche Manager. Verlierer sind die Normalbürger. Für sie lohnt sich gute Politik nicht mehr. Denn die Erträge guter Politik werden durch mehr Zuwanderungsdruck und Überfüllungseffekte kompensiert. Das ist für die direkt-demokratische Schweiz eine Katastrophe, und es prägt auch das Malaise der EU. Oder pointiert gesagt: Die Personenfreizügigkeit raubt den Bürgern die Eigentumsrechte an den Erträgen guter Politik. Damit ist sie kein liberales, sondern ein sozialistisches Konzept.